

2. Februar 2009

**Bundesgesetz über die Steuerbefreiung des Feuerwehrsoldes  
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur obigen Vorlage, von der die EVP Schweiz gerne wie folgt Gebrauch macht.

**1. Grundsätzliche Überlegungen**

Die EVP erachtet es als nötig und richtig, dass der Bund eine einheitliche Regelung anstreben will, gerade weil das Feuerwehrwesen von Kanton zu Kanton verschieden organisiert ist. Die Feuerwehren verrichten einen wertvollen Dienst für die Allgemeinheit. Die Angehörigen der Feuerwehr wenden viele Stunden ihrer Freizeit für das Gemeinwohl auf und setzen oft ihre Gesundheit und ihr Leben aufs Spiel. Die Steuerbefreiung des Feuerwehrsoldes ist in diesem Zusammenhang eine längst fällige Anerkennung, gerade für die Kaderleute, die eine ungleich höhere zeitliche Belastung auf sich nehmen.

**2. Motion und Vorlage lösen nicht die Hauptprobleme**

Die grundsätzliche Ungerechtigkeit besteht unseres Erachtens nicht in der bis anhin unterschiedlichen steuerlichen Behandlung von Feuerwehrsold und dem Sold für Militär-, Schutz- und Zivildienst, wie es die Motion bemängelt. Wir reden da von ganz unterschiedlichen Beträgen (weniger als 100 Franken jährlich für Militär-, Schutz- oder Zivildienst im untersten Rang gegenüber bis zu 2000 Franken jährlich für Feuerwehrleute ohne Kaderfunktion).

Sehr viel schwerwiegender sind die Nachwuchsprobleme vieler Milizfeuerwehren, die heute trotz anhaltender Neuorganisationen und Zusammenlegungen kaum mehr genügend Personen finden, welche diesen Dienst auf sich nehmen wollen. Hier bietet die Steuerbefreiung nur einen schwachen Anreiz, indem sie die durchschnittliche Steuerlast für die Individuen gemäss einer ganz groben Schätzung des Bundes um 300 Franken verringern würde.

*Ebenso gravierend ist, dass viele Arbeitgeber kein Interesse daran haben, wenn ihre Mitarbeiter Feuerwehrdienst leisten. Verständlich, denn der Feuerwehrangehörige fehlt am Arbeitsplatz und der Arbeitgeber kann keine Erwerbsausfallentschädigung geltend machen. Diese Problematik wird durch die vorgeschlagene Steuerbefreiung keineswegs entschärft.*

### **3. Unterstellung des Feuerwehrdienstes unter die Erwerbsausfallentschädigung (EO)**

*Diese Probleme der Rekrutierung und der fehlenden Unterstützung durch die Arbeitgeber werden nachhaltig und gerecht gelöst, wenn der Feuerwehrdienst der Erwerbsersatzentschädigung (EO) unterstellt wird. So wird der Arbeitgeber für Absenzen am Arbeitsplatz entschädigt. Indem die Feuerwehrkader zumindest einen Teil ihres Aufwandes (z.B. Aus- und Weiterbildungskurse) während der Arbeitszeit erledigen können, sinkt die Belastung in der Freizeit und die Motivation, Feuerwehrdienst zu leisten, nimmt zu. Auf eine Steuerbefreiung des Feuerwehrsoldes gemäss Motion könnte dabei in dem Masse verzichtet werden, wie die Erwerbsausfallentschädigung (EO) für die Feuerwehrdienste ebenso der Einkommenssteuer unterliegen würde, wie jene für Militär-, Schutz- oder Zivildienst.*

### **4. Vision für die Zukunft: allgemeine Dienstpflicht**

*Beschäftigt man sich mit Gerechtigkeitsfragen rund um die Feuerwehr, kommt man rasch zu grundsätzlichen Überlegungen. Es geht ja längst nicht nur um die Frage, ob der Feuerwehrsold im Vergleich zum Militärsold steuerlich benachteiligt ist oder nicht. Ebenso sehr geht es um die Frage, wer überhaupt in der Feuerwehr mitmacht und inwiefern er belohnt werden kann oder jene zur Kasse gebeten werden müssen, die keinen Feuerwehrdienst leisten. Schliesslich stellt sich ganz grundsätzlich die Frage, wer noch dazu bereit ist, einen wertvollen Dienst für die Allgemeinheit zu leisten, sei es nun im Militär, dem Bevölkerungsschutz, im Zivildienst, der Feuerwehr, der Behörden- oder auch der Erziehungsarbeit. Die EVP fordert deshalb, dass die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht ernsthaft in Betracht gezogen wird. Dabei würden die verschiedenen Dienstarten bezüglich Entschädigung und Besteuerung selbstverständlich gleich behandelt.*

### **5. Die Beurteilung der Vorlage aus steuerpolitischer Sicht**

*Die EVP engagiert sich für ein einfacheres und gerechteres Steuersystem, das auf die verschiedenen Steuerbefreiungen und Abzugsmöglichkeiten mit ihren diversen Abgrenzungsproblemen möglichst weitgehend verzichtet. Aus dieser Warte ist die vorgeschlagene Steuerbefreiung ein bürokratisches Unding. Das wichtigste Kriterium für eine neue Regelung muss sein, dass sie auf der Seite des Staates und der Seite der Privaten so wenig bürokratischen Aufwand wie möglich verursacht und so unkompliziert ist wie möglich.*

*Möglicherweise wäre es unter diesem Gesichtspunkt einfacher und effizienter, wenn man die Feuerwehrangehörige mit einem höheren Sold entschädigt, statt sie über den komplizierten Umweg einer Steuerbefreiung besser zu stellen. Dieser Weg wird bereits in jenen Kantonen mit einer freiwilligen Feuerwehr beschritten, um genügend Freiwillige rekrutieren zu können.*

### **6. Zur Frage des konkreten Modells**

*Die Vernehmlassungsvorlage favorisiert eine begriffliche Umschreibung, was zum steuerfreien Feuerwehrsold gehören soll und was nicht. Dies ist aus Sicht der EVP zu kompliziert und in einzelnen Fällen auch nicht gerechtfertigt. Gerade Offiziere und höhere Unteroffiziere der Feuerwehr engagieren sich zusätzlich im Kurswesen als Instruktoren, bei Inspektionen und*

vielen administrativen Arbeiten. Wenn die dafür gewährte Pauschalentschädigung steuerpflichtig ist, hat dies negative Auswirkungen auf die Motivation.

Die EVP favorisiert deshalb die Festschreibung eines hohen Fixbetrags in DBG und StHG von beispielsweise 5000 Franken pro Jahr. Entschädigungen aus Feuerwehrdienstleistungen wären dann bis zu diesem Betrag steuerbefreit.

#### **7. Zusammenfassung und Fazit**

- Die Anerkennung des Feuerwehrdienstes bspw. durch eine Steuerbefreiung ist überfällig.
- Hauptproblem ist nicht die Ungleichbehandlung von Feuerwehr- und Militärsold, sondern die Nachwuchsprobleme der freiwilligen Feuerwehren, auch wegen der mangelnden Unterstützung durch die Arbeitgeber.
- Diesen Problemen wird durch eine Unterstellung der Feuerwehr unter die Erwerbsersatzentschädigung oder durch die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht wesentlich besser, gerechter und nachhaltiger Rechnung getragen als durch die fast nur kosmetische Steuerbefreiung des Feuerwehrsoldes.
- Insbesondere aus steuerpolitischer Warte ist die vorgeschlagene begriffliche Umschreibung des Feuerwehrsoldes bürokratischer Unsinn. Möglicherweise wäre es viel einfacher und wirkungsvoller, den Sold anzuheben, statt ihn steuerlich zu befreien.
- Wenn im Rahmen der vorliegenden Vorlage keine der vorgeschlagenen grundsätzlichen Verbesserungen realisiert werden können, befürwortet die EVP einen steuerfreien Fixbetrag für Feuerwehrentschädigungen in der Höhe von 5000 Franken pro Jahr.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und stehen Ihnen für weitere Auskünfte gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)**



Parteipräsident  
Heiner Studer



Generalsekretär  
Joel Blunier